

# SAZ

## Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

**Heut bringt die SAZ:**  
**Einheitsfront im Werden**  
**SA-Terror auf dem Höhepunkt**  
**SPD-Bürgermeister erschossen**  
**Gemordete Proletarier im ganzen Reich**  
**Gemeindeparlamente davongejagt**  
**Ausnahmestand in Rumänien**  
**Mannheimer Betriebsräte für Generalstreik**

# Das Proletariat marschiert

## Gewaltige Einheits-Demonstrationen der Arbeiterschaft aller Richtungen in Breslau und vielen Städten des Reichs

Am Sonntag erlebte Breslau eine Massendemonstration von hinreichender Wucht, eine Kundgebung, wie die Stadt seit vielen Jahren nicht mehr gesehen hat. Nodi am Freitag wagte Feme-Heines im Breslauer Naziorgan frech zu schreiben: „Die Straße gehört uns, der SA, das Marxistengesindel hat nichts mehr auf der Straße zu suchen.“ Das Breslauer Proletariat hat der überheblichen Naziführung die denkbar wirkungsvollste Antwort erteilt, so daß die braunen SA-Horden von der Straße verschwunden waren.

Zu Zehntausenden sind die sozialistischen Arbeiter Breslaus, die SPD-, SAP- und KPD-Mitglieder, die Massen der Gewerkschaften und parteilosen Arbeiter

in einheitlicher Front aufmarschiert.

Das wichtigste dabei ist, daß die Arbeitermassen selbst — nicht die Arrangure der Demonstration — diesen einheitlichen Aufmarsch erzwingen und ihn mit leidenschaftlicher Begeisterung zu einer wahren Einheitsfront der Tat gestaltet haben.

In völliger Verkennung der politischen Situation und der Aufgabe der Arbeiterklasse haben die Führer der „Eisernen Front“ nur zu einem „Aufmarsch der „Eisernen Front“ mit der Anweisung, „nur männliche Mitglieder“ (!) aufzurufen. Sie waren leider so engstirnig, daß sie alle Versuche der übrigen Arbeiterorganisationen, eine gemeinsame Demonstration zu machen, mit Stillschweigen sabotierten. Sie hielten es nicht einmal für notwendig, auf einen direkten Brief der SAP zu antworten.

Aber es kam anders als sie dachten. Aus dem geplanten „reinen“ Eisernen-Front-Aufmarsch wurde die gewaltige Einheits- und Massenkundgebung. Außer den sozialdemokratischen Mitgliedern der Eisernen Front trafen an den vier Stellplätzen viele Tausende von SAP-, KPD- und parteilosen Arbeitern mit an. In vier gewaltigen Zügen, in denen die Abteilungen der verschiedenen Richtungen nicht getrennt, sondern in abwechselnder Reihenfolge marschierten, zogen die Massen zum Gewerkschaftshaus.

Die ganze Margaretenstraße und eine weite Strecke des Ohlauer Ufers war schwarz von dichtgedrängt stehenden Massen. Unter den Rufen „Freiheit“ — „Kampfbereit“ — „Rot Front“ feierten die Arbeiter der verschiedenen Richtungen begeistert mit leuchtenden Augen die rote Einheitsfront.

Vom Gewerkschaftshaus sprach für die Eisernen Front der Abgeordnete Paul Löbe. Er wandte sich scharf gegen die heutige Regierung. Den größten Beifall erhielt er, als er erklärte: „Erfreue sich, daß auch die SAP und die KPD mitdemonstrieren.“ Während Löbe vom Gewerkschaftshaus sprach, hielt

### Genosse Kirstein

vom Rundell an der Freiheitsbrücke eine kurze Ansprache, in der er ausführte,

Zum erstenmal seit Jahren ist das gesamte Breslauer Proletariat in geschlossener Front — alle Parteistreitigkeiten hintanstellend — aufmarschiert. Ein Beweis, daß die Kraft der Arbeiterklasse ungebrochen ist. Jetzt heißt es, diese Kraft im Kampfe einsetzen. Nicht allein gemeinsam marschieren — auch gemeinsam kämpfen heißt die Parole — und wir werden den Faschismus besiegen.

Ihr, die ihr zu tausenden und aber tausenden heute hier aufmarschiert — Ihr seid die geschlossene zum Kampf und zur Freiheit bereite wirkliche rote Front.

Und wenn wir eben mit den Rufen „Freiheit“ und „Kampfbereit“ durch die Straßen gezogen sind und weiterziehen werden, so laßt uns in dieser Stunde geloben, den Kampf zu führen — bis zur Niederlage der braunen Mordbanden, bis zur Niederlage des Faschismus, bis zum endgültigen Siege der Arbeiterklasse.

Es lebe die geschlossene Kampffront des Proletariats!

Es lebe die deutsche Arbeiterklasse!

Es lebe die proletarische Revolution!

Hierauf setzte sich der Demonstrationszug erneut in Bewegung über den Maurifusplatz, durch die Kloster-, Königgrätzer-, Tautentzen-, Brüder-, Huben-, Augustar-, Bohrauer-, Garten- und Neue Gruppenstraße auf den Platz der Republik.

Die Wucht der gewaltigen Demonstration riß immer neue Massen von Arbeitern, die in dichter Menge Späher bildeten, mit, so daß sie sich in die Züge einreichten. Selbst nach polizeilichen Schätzungen marschierten

im Zuge 20000 Menschen

Aber, speziell gegen Schluß in der Huben-, Bohrauer- und Gartenstraße mar-

schierten Zehntausende auf dem Trottoir rechts und links des Zuges mit, so daß die ganze Straßenbreite eine marschierende Masse bildete.

Es ist gewiß nicht übertrieben, daß mindestens 50000 Proletarier auf den Beinen waren.

Die geplante Schlußkundgebung auf dem Platz der Republik konnte leider infolge strömenden Regens nicht mehr stattfinden, so daß sich die amarschierenden Züge (viele kamen gar nicht mehr auf den Platz) sofort nach ihrem Eintreffen auflösten.

Die gewaltige Kundgebung hat den unerschütterlichen Kampfwillen der Arbeiter gezeigt. Sie hat weiteren Zehntausenden von Proletariern wieder neuen Mut, neuen Glauben an ihre eigene Kraft, an die unüberwindliche Kraft der Arbeiterklasse gegeben. Es gilt, daraus die Lehren zu ziehen. Das heißt, nicht dabei stehen zu bleiben, sondern die von den Massen selbst in ihren Anfängen geschaffene Einheitsfront sofort in Betrieb, Stempelstellen, Gewerkschaften und die Parteigegensätze überbrückend zu einer

festgefügt einheitlichen Arbeiterfront der Tat, des Kampfes zu machen!

## Alle Kommunalparlamente in Preußen aufgelöst

Berlin, 4. Februar.

WTB. Der Amtliche Preußische Pressedienst meldet: Das preußische Staatsministerium (Kommissare des Reiches) hat durch Verordnung sämtliche kommunalen Vertretungskörperschaften (dazu gehören sämtliche Stadtverordneten- und Gemeindeparlamente, Kreis- und Provinziallandtage und daraus folgend auch der preußische Staatsrat) aufgelöst. Die Rechtsgrundlage dieser Verordnung ergibt sich aus den einzelnen Gemeindeverfassungsgesetzen, in denen das Staatsministerium ermächtigt ist, durch Verordnung gemeindliche Vertretungskörperschaften aufzulösen. Zur Verbilligung der hierdurch erforderlich werdenden Neuwahlen hat das Staatsministerium (Kommissare des Reiches) gleichzeitig beschlossen, den Wahltag für die Neuwahlen sämtlicher aufgelöster kommunalen Vertretungskörperschaften einheitlich und zwar so festzusetzen, daß die Auslegung der Wählerlisten zugleich mit der Auslegung der Wählerlisten für die Reichstagswahl erfolgen kann. Als Wahltag ist demgemäß der 12. März 1933 festgesetzt worden.

Die Auflösungsverordnung steht, wie jetzt schon maßgebende bürgerliche Staatsrechtler nachweisen und wie sich aus den Staatsratskommentaren ergibt,

mit allen Verfassungsbestimmungen im Widerspruch.

Einmal kennt die preußische Verfassung und die Gemeindeverfassung eine generelle Auflösung sämtlicher Kommunalparlamente durch die Staatsregierung überhaupt nicht.

Zweitens ist für Auflösungsmaßnahmen einzelner Kommunalparlamente selbst nach dem Urteil des Leipziger Staatsgerichtshofs nur die „Hoheitsregierung“, also nicht das Staatskommissariat, sondern die Brauns-Severing-Regierung zuständig.

Aber auf Verfassungs- und Rechtsbestimmungen kommt es heute offenbar nicht mehr an.

Die Braunschweigische Stadtverordnetenversammlung wurde durch Dekret der braunschweigischen Regierung aufgelöst; Neuwahlen sind für 5. März angesetzt.

In der Bremer Bürgerschaft wurde ein Auflösungsantrag mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen angenommen. Wahltermin ist noch nicht festgesetzt.

Kommunisten aus den Kommunal-Ausschüssen ausgeschlossen

Wie der „Nationalsozialist“ mitteilt, hat die thüringische Regierung eine Anordnung erlassen, nach der es unzulässig ist, daß die kommunistischen Vertreter in den Gemeindeparlamenten den Kommunalverwaltungsausschüssen angehören.

## Reichsbannerkamerad in Breslau ermordet

Als nach der Demonstration der Breslauer Arbeiterschaft der Reichsbannerkamerad Walter Steinfeld, Student der hiesigen Techn. H., durch die Kaiser-Wilhelm-Straße nach Hause ging, wurde er von einem Nazi, den SA-Mann Hänel, Mitglied des DHV, angesprochen und folge niedergestochen. Genosse Steinfeld erlag seinen Verletzungen im Krankenhaus. Der Mörder befindet sich angeblich unter den Verhafteten.

Nähere Einzelheiten und Berichte über weitere schwere Überfälle seitens der braunen Mordbanden auf von der Demonstration heimkehrende Proleten, befinden sich auf der ersten Seite der Beilage unserer heutigen Ausgabe.

## SPD-Bürgermeister erschossen

WTB. Staßfurt, 5. Februar.

Der Erste Bürgermeister der Stadt, Kasten, der als sozialdemokratischer Abgeordneter den Wahlkreis Magdeburg im Preussischen Landtag vertritt, wurde Sonntagabend von einem siebzehnjährigen Gymnasiasten auf offener Straße erschossen.

Nach einem Umzug der NSDAP und des Stahlhelms war es am Sonntagabend zu politischen Reibereien gekommen, bei denen ein Arbeitersanruiter verletzt wurde. Bürgermeister Kasten ließ darauf eine Person verhaften und vernahm diese im Rathaus. Als er sich dann in seine Wohnung begeben wollte, trat ihm ein 17jähriger Gymnasiast entgegen und schoß ihn mit den Worten: „Mann, jetzt heißt es abrechnen!“ nieder. Kasten wurde sofort operiert, erlag aber nach einigen Stunden seiner schweren Verletzung. Der Schüler wurde festgenommen. Die Polizei und die Magdeburger Mordkommission stellen gegenwärtig Untersuchungen an, ob an der Tat noch weitere Personen beteiligt sind.

## Proteste verboten

Staßfurt, 5. Februar.

WTB. Zu der Bluttat an dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Bürgermeister Kasten wird noch bekannt, daß nach polizeilicher Feststellung der 17jährige Schüler keiner politischen Organisation angehört. Er verkehrte aber in SA-Kreisen. Die Darstellung der Tat, wie sie bereits gemeldet wurde, gab Bürgermeister Kasten kurz vor seinem Tode selbst. Der Täter hat noch kein Geständnis abgelegt. Am heutigen Sonntag versuchten Reichsbanner und Kommunisten zu demonstrieren, doch konnte die Polizei größere Aufreizungen verhindern. Als dann das Reichsbanner von auswärts teilweise durch Lastkraftwagen Verstärkungen erhalten sollte, wurden alle Straßen, die nach Staßfurt führen, abgeriegelt und jede Demonstration verboten.

# Nazi-Morde im ganzen Reiche

## Nazi schießen — Kommunisten werden verhaftet

Berlin, 4. Februar.

In Verlaufe politischer Auseinandersetzungen kam es kurz nach Mitternacht in der Linden-, Ecke Wicherstraße, zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einer Schießerei. Dabei wurde der 18-jährige der KPD angehörige Alfred Kollats, aus Charlottenburg, durch einen Pistolenschuß schwer verletzt. Bald darauf ist der Verletzte im Krankenhaus den Verletzungen erlegen.

In Neukölln entwickelte sich am der Ecke der Weser- und Fuldstraße gegen 1 1/2 Uhr nachts ebenfalls eine Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Hierbei wurde ein angeblich Parteiloses, der 57-jährige Fräulein Emil Sawinski aus Neukölln, durch einen Schuß in den Oberschenkel schwer verletzt. Außerdem wurde ein bisher noch unbekannter Kommunist, der ein Antifa-Abzeichen trug, durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt und verstarb bald darauf im Krankenhaus. Die Polizei nahm einen Nationalsozialisten (1) und neun Kommunisten (9) fest, die der Politischen Polizei zugeführt wurden.

## Vandalen!

Berlin, 6. Februar.

CNB. In das kommunistische Lokal „Poppeschachtel“ in der Rubensstraße in Schöneberg drangen am Sonntagabend plötzlich 15 SA-Leute ein. Sie zertrümmerten die Einrichtungsgegenstände des Lo-

als und gaben darauf einige Schüsse ab. Die Wirtin Anna Röde wurde durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt; sie wurde ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei nahm sämtliche 15 SA-Leute fest und führte sie der politischen Polizei zu.

Wie inzwischen gemeldet wird, ist die Frau ihren Verletzungen erlegen.

## 1 Toter in Chemnitz

Chemnitz, 5. Februar.

WTB. Anlaßlich einer Kundgebung der Eisernen Front versammelten sich am Sonntag nachmittag Zusammenstöße zwischen Mitgliedern des Reichsbanners und Nationalsozialisten. Ein Reichsbannermann wurde getötet, zwei weitere wurden schwer verletzt. Mehrere Reichsbannerleute und Nationalsozialisten erlitten leichtere Verletzungen.

## Verletzte in Köln

Köln, 6. Februar

WTB. In der Altstadt kam es in der vergangenen Nacht zwischen 2 und 3 Uhr zu einer Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei der vier Personen verletzt wurden, unter ihnen zwei Männer durch Bauch- und Brustschüsse und eine Frau durch einen Rückensteckschuß so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten, wo sie sofort operiert wurden. Die Schwerverletzten sind noch nicht vernehmungsfähig.

## Überfall auf kommunistisches Verkehrslokal

Fürth, 5. Februar.

In der Bergstraße kam es zwischen SA-Leuten, die von einem Sprechabend heimkehrten, und Kommunisten in einem kommunistischen Verkehrslokal zu einem Zusammenstoß. Von beiden Seiten wurden Schüsse aus Pistolen und einer Scheintodpistole abgegeben. Auch auf die Polizei, die zur Schlichtung des Streites erschienen war, wurde geschossen. Die Beamten machten darauf ebenfalls von ihren Schußwaffen Gebrauch. In das Städtische Krankenhaus wurden acht Verletzte eingeliefert, davon drei mit Schutzverletzungen. Lebensgefahr besteht bei keinem der Verletzten. Nach den polizeilichen Erhebungen haben die SA-Leute das kommunistische Verkehrslokal aufgesucht. Der Führer, der zugibt, schnell geschossen zu haben, ist vorläufig festgenommen worden.

## Verbot einer Kundgebung der Liga für Menschenrechte

Berlin, 5. Februar.

CNB. Die Deutsche Liga für Menschenrechte teilt mit, daß ihre Kundgebung „Gegen die Kulturreaktion“, bei der Ossietzky sprechen sollte, von der Polizei verboten wurde, da angesichts der gespannten politischen Lage der friedliche Charakter der Versammlung nicht gewährleistet sei.

## 15 000 marschieren in Zwickau

Die unermüdete Arbeit der SAP trägt Früchte! Durch die Not der Stunde gezwungen und vorbereitet durch die Tätigkeit unserer Partei, fanden sich die Zwickauer Arbeiter in einer gemeinsamen Demonstration. Von einem Kampfsitz beiseit und von einem Willen beherrscht, marschierten brüderlich vereint die Arbeiter der Eisernen Front, der KPD und der SAP. Der ursprünglich nur von der „Eisernen Front“ geplante Aufmarsch wurde so zur gewaltigsten Kundgebung, die die Zwickauer Arbeiterschaft in den letzten Jahren durchgeführt hat. Der Rathenauplatz vermochte die Massen kaum zu fassen. Mindestens 15 000 hatten sich versammelt, um Zeugnis abzulegen von dem glänzenden Kampfeifer, der die Arbeiterschaft beherrscht. In langem Zuge schritten sie dahin. Unablässig tausend um tausend. Und ihre geballten Fäuste sagten, ihre Augen jubelten, ihre Schritte hämmerten es zur ebernen Wahrheit: Wir sind der Arbeit gewaltiges Heer! Fahnen, rot, kündeten den eisernen Abwehrwillen.

Berechtigtes Aufsehen erregte der lange Zug unserer tapferen Schutzbündler. Still und nachdenklich wurden die Gesichter der Arbeiter: sie fühlten deutlich wie noch nie, daß wir alle zusammengehören. Auch die KPD war stark vertreten. Stärker als sie oft bei ihren eigenen Aufmärschen in Erscheinung trat.

Das schönste Erlebnis aber war der unbeugsame Wille zur Einheitsfront. Sorgen wir dafür, daß aus einem gemeinsamen Aufmarsch eine gemeinsame Tat wird.

# Auflösung des Preußen-Parlamentes mit Hilfe Papen's

In der sehr stürmischen Sitzung des Preussischen Landtages am Sonnabend, den 4. Februar, wurde der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Landtages mit 214 gegen 196 Stimmen abgelehnt.

In der Sitzung begründete der NSDAP-Abgeordnete Kube den Antrag mit unerhört massiven Angriffen gegen die Preußenregierung Braun-Severing. Als Minister Severing antworten wollte, wurde er von den Nationalsozialisten durch planmäßiges Brüllen am Sprechen verhindert. Die KPD hatte in dieser Sitzung nichts wichtigeres zu tun als folgenden Antrag zu stellen: „Der Versailler Vertrag und alle sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen werden für null und nichtig erklärt.“ (1) Der Antrag kam aber nicht zur Behandlung. Bei der Abstimmung stimmten die Kommunisten vernünftigerweise geschlossen gegen den nationalsozialistischen Antrag.

Auch das sogenannte Dreimänner-Kollegium, bestehend aus dem Ministerpräsidenten Braun, dem Präsidenten des preussischen Staatsrates, Oberbürgermeister Dr. Adenauer und dem Landtagspräsidenten Kerrl, lehnte mit 2 gegen 1 Stimme die Auflösung des Landtages ab. Dr. Adenauer wie auch Braun haben dazu Erklä-

rungen abgegeben, wonach sie die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer Landtagsauflösung für nicht gegeben erachten.

Nach den eindeutigen Verfassungsbestimmungen wäre damit eine Auflösung des Preussischen Landtages zur Zeit nicht möglich. Die Hitler-Hugenberg-Regierung will aber unter allen Umständen auflösen. Deshalb werden erneut Beratungen gepflogen, wie die Auflösung trotzdem erreicht werden kann. Dazu wird gemeldet, daß Herr v. Papen als Reichskommissar für Preußen im Laufe, Montag, den Landtagspräsidenten Kerrl und den Staatsratspräsidenten Dr. Adenauer — aber nicht den Ministerpräsidenten Braun — zu einer Sitzung geladen habe. Wie verlautet, besteht die Absicht, durch Verordnung der Reichsregierung den Reichskommissar v. Papen zum offiziellen Präsidenten der preussischen Staatsregierung zu ernennen. (Also ein neuer 20. Juli.) Damit würde Braun im Dreimänner-Kollegium durch Herrn v. Papen ersetzt, und es wäre dann eine Mehrheit von 2:1 für Landtagsauflösung vorhanden.

Diese Maßnahme würde zwar den Bestimmungen der Verfassung, so wie sie selbst vom Leipziger Staatsgerichtshof ausgelegt werden, vollkommen widersprechen. Aber was gibt es heute überhaupt noch, was mit der Verfassung vereinbar wäre?

# Faschistisches Regime auch in Rumänien

## Ermächtigungsgesetz für Ausnahmezustand

Bukarest, 5. Februar.

WTB. Das gestern nachmittag von der Regierung eingebrachte Ermächtigungsgesetz für die Verhängung des Belagerungszustandes ist in der Nachtsitzung der Kammer angenommen worden. Die den Belagerungszustand betreffenden Beschlüsse sollen nicht von militärischen Behörden, sondern vom Ministerrat gefaßt werden. Bei Neuwahlen wird der Belagerungszustand aufgehoben. Das Gesetz hat in hiesigen politischen Kreisen größtes Aufsehen hervorgerufen. Die Regierung besitzt nunmehr ein Mittel zu radikalerem Vorgehen gegen die kommunistischen Agitationen, doch steht noch nicht fest, wann die Regierung hiervon Gebrauch machen wird.

Bukarest, 5. Februar.

(United Press.) König Carol hat zu später Nachtstunde ein Dekret unterzeichnet, das die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes für Bukarest und das Gebiet von Ploesti (wo ausgedehnte Ölfelder liegen) vorsieht.

Die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages erfolgen und soll die Ausbreitung der Streiks und Arbeiterunruhen in dem Gebiete von Ploesti verhindern. Heute vormittag soll eine Kabinetsitzung darüber

entscheiden, ob der Ausnahmezustand für ganz Rumänien proklamiert werden soll.

## Der Krieg in Jehol unvermeidlich

Tokio, 5. Februar.

(Reuter.) Obwohl bis jetzt kein endgültiger Beschluß über den Beginn der kriegerischen Operationen in der Provinz Jehol gefaßt worden ist, ist man hier der Meinung, daß fast jede Hoffnung auf eine friedliche Lösung geschwunden ist. Die japanische Kwantungarmee soll die nötigen Vorbereitungen treffen, um gegebenenfalls sofort handeln zu können. Wie im Ministerium des Auswärtigen dazu erklärt wird, gehen die Pläne der Kwantungarmee dahin, das Leben und die Interessen der Fremden in Nordchina zu schützen.

London, 6. Februar.

WTB. Der Korrespondent des Daily Telegraph in Mukden meldet, der japanische Feldzug zur Eroberung der Provinz Jehol sei bereits im vollen Gange. Japanische Kolonnen rücken über die gefrorenen Pässe vor. Die Japaner beabsichtigen, bis zum 20. Februar die Hauptstädte Jehol und andere wichtige strategische Punkte zu besetzen.

# Terror — Terror!

## Neue Notverordnung für Presse-Knebelung und Versammlungsverbot

Die Praxis der bisherigen Zeitungsverbote, die Unterdrückung der ganzen kommunistischen und großer Teile der SPD-Presse sowie das Demonstrations- und Versammlungsverbot gegen die KPD genügt der Hitler-Regierung noch nicht. Es wird unbeschränkte Presse-Knebelung und Versammlungsverbot mit folgender amtlichen Bekanntmachung angekündigt:

„Bei ihrem Amtsantritt hatte die Reichsregierung vor der Presse die Hoffnung und den Wunsch zum Ausdruck gebracht, es möge ihr kein Anlaß geboten werden, frühere Beschränkungen des Versammlungs- und Presserechts wieder aufleben zu lassen. Allerdings wurde gleichzeitig die Mahnung ausgesprochen, alles zu vermeiden, was Beunruhigung in das Volk tragen und die öffentliche Sicherheit gefährden könnte. Diese Mahnung ist nicht befolgt worden, vor allem in der Presse sind in den letzten Tagen unerhörte Beschimpfungen und Beleidigungen erhoben worden, die eine Regierung, die auf Autorität hält, sich nicht gefallen lassen kann. Ferner hat ein Teil der Presse, ganz offensichtlich um Beunruhigung zu schaffen und das Vertrauen zur Regierung zu erschüttern, Gerüchte über angebliche wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen der Regierung verbreitet, die keinerlei Unterlagen besaßen.“

Die Reichsregierung hat sich daher veranlaßt gesehen, dem Herrn Reichspräsidenten eine Verordnung vorzuschlagen, die Beschränkungen des Versammlungs- und Presserechts enthält, wie sie zum Teil auch früher bestanden. Diese Verordnung gibt der Reichsregierung nunmehr die absolute Handhabe, ihre Autorität wirksam zu wahren und ihre Aufbauarbeit ungestört durchzuführen. Somit dient sie dem Schutze des deutschen Volkes. Die Verordnung, die dem Herrn Reichspräsidenten zur Unterschrift vorliegt, wird am Montag veröffentlicht werden.“

Aus dieser Ankündigung ist schon jetzt klar ersichtlich, daß die Bestimmungen der neuen Notverordnung bewußt so knetschuhartig gestaltet sind, daß alles, was den faschistischen Behörden mißfällt, verboten werden kann und daß gleichzeitig der schlimmste Terror, die Auforderung zu Arbeitermorden usw. im faschistischen Lager gestattet, während jede selbständige Regung in den Reihen der Arbeiterklasse „gesetzlich“ verboten wird. Aber es wäre zwecklos, dagegen mit den Hinweisen auf Rechtsverletzung usw. zu argumentieren. Heute gilt mehr denn je das Wort: „Macht geht vor Recht“, und es ist Aufgabe aller Organisationen der Arbeiterklasse, der sie unterdrückenden Macht ihre eigene Macht, die Kraft des ganzen Proletariats, entgegenzustellen.

## Neuer Verbots-Terror Knebelung auch für SPD-Presse

Schwerin, 4. Februar.

WTB. Das Ministerium des Innern hat heute die in Mecklenburg-Schwerin erscheinende sozialdemokratische Presse, nämlich die sozialdemokratische Mecklenburgische Volkszeitung und das sozialdemokratische Freie Wort auf

drei Tage, und zwar für die Zeit vom 5. bis 7. Februar, verboten. Das Verbot erfolgte wegen des Abdruckles des sozialdemokratischen Wahlaufzuges.

## KPD-Presse soll vernichtet werden

Berlin, 5. Februar.

Die „Rote Fahne“ ist erneut und zwar bis zum 7. Februar, also auf drei Tage, verboten worden.

Erneut verboten wurden: die Dresdner „Arbeiterstimme“ und die Rostocker „Volkswacht“.

## Zum Nazi-Überfall in Annaberg

Wie uns von unserem Berichterstatter in Ergänzung unserer Notiz in der „SAZ“ vom 5. Februar mitgeteilt wird, ist der in Annaberg von Nationalsozialisten niedergeschossene Reichsbannermann Illig glücklicherweise seinen Verletzungen nicht erlegen; er liegt im schwerverletzten Zustand im Annaberger Krankenhaus.

## Gegen

## Regierungsbeteiligung

Paris, 6. Februar.

WTB. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei, also der sogenannte Kleine Parteitag, hat gestern Abend seine Tagung mit der Annahme einer von S. Verac-Blum eingebrachten Entschliesung abgeschlossen, in der es u. a. heißt:

Nach Prüfung der politischen Lage ernennet der Nationalrat die sozialistische Kammerfraktion an die strenge Verpflichtung, sich an die Kongreßbeschlüsse und die Statutengrundsätze zu halten. Selbst im Falle besonderer Umstände können die sozialistischen Parlamentarier ohne Zustimmung des Nationalrates sich nicht binden und nur ein großer Parteitag darf über die Beteiligung an der Regierung beschließen. Der Nationalrat stellt fest, daß es unmöglich ist, sich mit den demokratischen bürgerlichen Parteien über einen Regierungsplan zu verständigen, was erst kurzlich wieder zutage getreten ist. Die Kammerfraktion darf auf Grund der Beschlüsse der Parteitage nicht an irgendwelchen Delegationen organisatorischen und ständischen Charakters teilnehmen, durch die die Partei festgelegt wird und die dem fundamentalen Charakter der sozialistischen Partei als einer gegen das Kapital gerichteten Klasse zuwiderlaufen.

Diese Entschliesung wurde mit 2636 Mandaten angenommen.

## Zusammenstöße in Kolumbien

18 Tote 20 Verletzte

Bogota (Kolumbien), 6. Februar.

Aus Anlaß von Wahlen kam es gestern hier mehrfach zu Zusammenstößen, in deren Verlauf 18 Personen getötet und etwa 20 verletzt wurden.



Sachsen-Umschau

Aus Oldenburg

Einheitsfront

auch in Kamenz i. Sa.

Die Nazis veranstalteten zu Hindenburgs und Hitlers Ehren einen Propagandamarsch. Man hatte sich dazu aus der ganzen Umgebung Unterstützung herangeholt, so daß circa 400 SA, SS und III demonstrierten.

In Nu war die Einheitsfront hergestellt und die Arbeiterschaft protestierte durch Absingen von Arbeiterliedern. Hochrufe auf die Einheitsfront ertönten. Auf dem Markt angelangt, verließ sich die Arbeiterschaft ruhig und abwartend.

Auerbach i. U.

Jahreshauptversammlung. Am 28. Januar 1933 fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht.

Eibenstock

Nazis entrechten die Arbeiter. In der zweiten Stadtverordnetenversammlung des neuen Kollegiums zeigten die Nazis, wozu sie ihre Macht mißbrauchen werden.

Mühltrößl

Methoden des dritten Reichs wollen unsere Nazivertreter im Gemeindepapament einführen. Weil sie die Kritik der Öffentlichkeit fürchten müssen, weil sie sich aber

auch nicht bis aufs Hemd blamieren wollen, ob ihrer „geringen“ Fähigkeiten, dann gab der Nazivorsleher Heffner, gemeinsam mit dem „polnisch neutralen“ Bürgermeister Platzkarten für die zweite Sitzung aus.

Zu all diesen Dingen nahm nun am Freitag eine Einwohnerversammlung Stellung. Der Besuch konnte in Anbetracht der Situation besser sein. Dank der Dauerrede des KPD-Referenten waren ein großer Teil SAP-Wähler auch noch gezwungen, infolge anderweitiger Verpflichtungen, diese früher zu verlassen.

Oberriedersdorf

Erste Gemeindeverordneten-sitzung. Der Bürgermeister gab eingangs Bericht über das vergangene Jahr. Gegenwärtig zählt die Gemeinde 45 Alu., 200 Kru- und 66 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.

Bei der Vorsteherwahl wurde der Bürgermeister mit den Stimmen der Bürgerlichen und der SPD zum Vorsteher gewählt. Die Ausschufwahlen konnten nicht stattfinden, da von rechts Einspruch erhoben worden war.

Oberhondorf b. Zwickau

Die erste Gemeindeverordneten-sitzung in der neuen Besetzung mit vier SPD, einem SAP, einem KPD, einem Nazi und zwei bürgerlichen Verordneten war sehr stark besucht. Die SPD als stärkste Fraktion forderte den ersten und zweiten Vorsteherposten sowie auch den stellvertretenden Bürgermeister.

Ein Antrag des KPD-Vertreters, die Richtsätze der Amtshauptmannschaft gegen die Wohlfahrtsunterstützten nicht durchzuführen, wurde von unserem Genossen unterstützt und einstimmig angenommen.

Nach dieser Sitzung begann sofort, wie immer, der übliche dreckige Kampf gegen die SAP und insbesondere gegen den Genossen Schürer. Von Tag zu Tag steigerten sich die Schmutzarbeiten gegen die SAP im sächsischen Volksblatt.

Rotschau i. U.

Die erste Sitzung des Kollegiums hatte nur die Konstituierung zur Tagesordnung. Nach Einweisung des Kollegiums gab der Nazimann Groß eine bombastische Erklärung ab, des Inhalts, daß sie

Polizeiflitzer beleben Nachts die Straßen. Die Nervosität der Staatsorgane beweist uns, daß die neue Regierung noch nicht so fest im Sattel sitzt und die Arbeiterschaft gewaltig fürchtet. Wozu brauchen die Sipo schwerbewaffnet im Flitzer die Straßen zu patrouillieren?

Vom Streik der Färsorgearbeiter in Ohmstedte. Die Ohmstedeer Färsorgearbeiter befinden sich nun schon drei Wochen im Kampf, der geschlossene Arbeiterschaft hinter sich hat. Arbeiter aller Richtungen sehen in der Streikfront gegen die Regierung Röver. Wenn der Ministerpräsident mit geheuchelter Teilnahme am Elend der Oldenburger Färsorgearbeiter sich ihnen vorstellt, so beweist seine Arbeiterfeindlichkeit am besten die Tatsache, daß die Regierung allein für das Arbeitsdienst-Führerlager Ahlhorn, das 150 SA-Leute zählt, 33.000 Mark zur Verfügung hat.

Hissung der Hakenkreuzfahne am Landtag. Die NSDAP veranstaltete am Montag wie überall ihre Siegesfeier. Alle waren sie wieder

da, die den Stern schon verlassen sehen. Vom Landtagsgebäude ließ Röver eine seiner ehrsüchtigsten Reden, wie „Endlich hat unser Vaterchen Hindenburg unseren Adolf gerufen, daß der Segen Gottes in der Gestalt des Reichskanzlers Hitler auf die Deutschen niedergegangen sei usw. Schließlich verstieg er sich zu dem treulichen Satz, als sie im Sommer 1932 die Regierung im Lande übernommen hätten, wäre es nicht möglich gewesen, auf dem Trümmerhaufen die Hakenkreuzfahne aufzuziehen, aber nun das deutsche Volk einen Kapitän für das Staatschiff bekommen habe, sei der Moment gekommen.“

Finanz-Schwierigkeiten im „Freiheitskämpfer“. Wie allgemein Stadtgespräch ist, kann der „Freiheitskämpfer“ seinen Buchdruckern den Lohn nicht regelmäßig auszahlen, so daß es schon einmal zu einer kurzen Arbeitsniederlegung kam.

In die Ortsverwaltung des Baugewerksbundes wurden in der letzten Versammlung nur KPD-Genossen gewählt. Es ist aber fraglich, ob die allgewaltige Verbundbürokratie diese mit Mehrheit gewählten Genossen bestärigen wird.

Ulmer Spiegel

Die Ulmer Freidenker waren schon immer kritisch eingestellt. Wenn es notwendig war, nahmen sie den Kampf auf. Daß sie aber gerade auch heute ihre Aufgaben erkennen, beweist die Tatsache, daß sie bei der Generalversammlung eine völlig oppositionelle Leitung wählten.

Sozialdemokraten, Kommunisten, Syndikalistinnen und ein Genosse der SAP diskutierten auf die sachlichste Weise, alle anerkannten die Auffassung des Genossen Sternberg und seine politischen Konsequenzen und alle stellten den Gedanken der Einheitsfront in den Vordergrund.

Die Rote Hilfe hat auch hier, wie wo anders, einen schlechten Standpunkt. Sie ist unzertrennlich mit der Politik der KPD verbunden, gibt aber nach außen hin die Überparteilichkeit bekannt.

eine besondere Fraktion bildeten und die Lebensinteressen der breiten Masse als Richtschnur ihres Handelns in Anspruch nehmen. Dafür werden die Herrschaffen von den Industrie- und Börsenfürsten wohl kaum finanziert. Die Wahl des Vorstehers fiel wieder auf den Bürgermeister, weil die Herrschaffen, Bürgerliche wie Nazis, nicht den Mut aufbringen, denselben zu stellen.

zugleich auch Mitglied der Roten Hilfe. Da es nun eben in der SAP ist, lehnt es die Politik der KPD in verschiedenen Punkten ab, so auch den nationalbolschewistischen Kurs — das ist übrigens die Auffassung aller SAP- und vieler kommunistischer Mitglieder der RH. — Der Genosse bringt diese seine Meinung in einem Artikel zum Ausdruck. Nun, da ist eine Versammlung des Arbeiterheimvereins, dem die Rote Hilfe kollektiv angeschlossen ist, der junge Genosse bekommt auch eine Einladung — und er geht hin, fliegt aber heraus? Warum? Wegen des Artikels ein andermal geht er wieder herein, man will ihn wieder rausschmeißen, das ließ er sich diesmal aber nicht gefallen. Man sagt, man wolle ihn jetzt aus der RH ausschließen, man hätte ihn gar nicht aufnehmen sollen. Habt ihr denn eigentlich nicht gewußt, wer er ist? Sicher — aber ihr habt geglaubt, er kann ja ruhig bezahlen, zu sagen hat er hier nichts. Wir warnen die Rote Hilfe, diesen jungen Arbeiter, der einfach kritisch denkt, auszuschließen. Das Gute ist, daß sich nun Diskussionen auslösen über den Nationalbolschewismus der KPD.

Am Dienstag veranstalteten die Kommunisten eine Kundgebung, die Faschisten versuchten diese zu stören. Die Polizei drängte diese Banden erst dann zurück, nachdem sie den kommunistischen Arbeitern den Gummiknüppel zu spüren gaben, weil sie zur Selbsthilfe griffen. Der praktische Erfolg war, daß die größte kommunistische Demonstration, die Ulm je gesehen hatte, zustandekam. Wir und viele sozialdemokratische Arbeiter schlossen uns an. — Am Mittwoch veranstaltete die Eiserner Front einen Generallappell. Eiserner Disziplin und Alarmbereitschaft müsse man wahren, warten was komme, den Symbolkampf führen und Dreipfeilzigaretten rauchen. Deshalb auch keine Diskussion! — Am 12. Februar wollen sie demonstrieren. Wie wir hören, wollen die Kommunisten in geschlossenen Formationen mitmarschieren. Hoffentlich kommt auch hier eine Einheitsfront zustande. Wir setzen uns stärkstens dafür ein.

Versammlungs-kalender

IHV Neukölln. 9. Februar Generalversammlung im Lokal Heideberg, Neukölln Boddinstr. 57 Ecke Iserstr. abends 7-8 Uhr.



